



### Anlage 3 zur SV 26-V-15-0001 Fahrplan Digitale Transformation und Moderne Verwaltung Stand 2026

Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen auf EU- und Bundesebene  
Das im Mai 2025 gegründete neue Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) treibt die Modernisierung der Verwaltung mit Nachdruck voran. Entstanden sind die ‚Modernisierungsagenda - für Staat und Verwaltung (Bund)‘ sowie die ‚Modernisierungsagenda Föderal‘. Diese zielen darauf ab, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und die staatlichen Strukturen in Deutschland zu modernisieren. Sie umfassen mehr als 200 Einzelmaßnahmen, die die Effizienz der Verwaltung steigern und die Lebensqualität der Bürger verbessern sollen. Geschehen soll dies durch zunehmende Standardisierung, die weitere Etablierung von EfA-Leistungen (Einer-für-Alle) und mehr Ende-zu-Ende-digitalisierte Verwaltungsprozesse.

Als Basis zur Vereinheitlichung der digitalen Infrastruktur für die öffentliche Verwaltung wird ein Deutschland-Stacks (auch D-Stack) entwickelt. Der Stack beinhaltet sowohl die technologische Basis, die strategischen und organisatorischen Rahmenbedingungen als auch die Umsetzungsvorhaben und Produkte. Konkrete Angebote auch für Kommunen sollen bis 2028 erarbeitet werden. Als Ergänzung wurde kürzlich die Entwicklung einer Bürger App als intelligentes Frontend und zentralem Einstiegspunkt für Verwaltungsdienstleistungen angekündigt.

Wichtige technische Grundlage dabei ist das National-Once-Only-Technical-System (NOOTS) mit der Zielsetzung gemäß dem Once-Only-Prinzip Daten von Bürgern und Unternehmen nur einmal zu erheben. Ebenfalls Teil des Deutschland-Stacks soll die EUDI-Wallet werden, eine digitale Brieftasche für Bürger, etwa um sich ausweisen oder Verträge unterzeichnen zu können. Solche Tools Leistungen werden vermehrt über Cloud-Lösungen bereitgestellt. Einen Eckpfeiler stellt hierbei die Deutsche Verwaltungscloud (DVC) als gemeinsame, föderale Cloud-Infrastruktur für die öffentliche Verwaltung dar. Sie soll eine Erhöhung von Effektivität und Effizienz durch sicheren, standardisierten und rechtskonformen

Zugang zu Cloud-Services zu ermöglichen. Die Bestrebungen eint die Zielsetzung von Unabhängigkeit, Vereinheitlichung und Standardisierung um perspektivisch eine höhere digitale Souveränität, Resilienz und Sicherheit für Deutschlands Verwaltung zu erreichen

Die LHW beteiligt sich aktiv an diesen Bemühungen als eine von sechs hessischen Pilotkommunen. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) sowie dem Hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation (HMD) wirkt sie an der Entwicklung einer Blaupause für ein flächendeckendes digitales Angebot an Verwaltungsleistungen mit. Ziel ist es, im direkten Kontakt zwischen den Fachbereichen im Bundesministerium und den Kommunen Verwaltungsprozesse schneller, einfacher und digitaler zu machen. Im Fokus stehen dabei die Prozesse Online-Ummeldung, Online-Beantragung des Führerscheins (Erstantrag), Online-Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung, Online-Unterhaltsvorschuss, Online-Anlagengenehmigung als Ende-zu-Ende digitalisierten EfA-Prozesse. Am Beispiel dieser konkreten digitalen Verwaltungsleistungen werden u.a. die Hürden bei der Nutzung der BundID identifiziert und konkrete Lösungsansätze erarbeitet.